

Germany-Cologne: Project-management services other than for construction work

OJ S 107/2021 04/06/2021

Contract notice**Services****Legal Basis:**

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

Postal address: An den Gelenkbogenhallen 2-6

Town: Köln

NUTS code: DEA23 Köln, Kreisfreie Stadt

Postal code: 50679

Country: Germany

E-mail: zentrale-beschaffung@bafza.bund.de

Telephone: +49 221-36734259

Fax: +49 221-36734664

Internet address(es):Main address: <http://www.bafza.de>**I.3. Communication**

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=394869>

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=394869>

Additional information can be obtained from another address:

Official name: Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, Zentrale

Vergabestelle des BMFSFJ

Postal address: An den Gelenkbogenhallen 2-6

Town: Köln

NUTS code: DEA23 Köln, Kreisfreie Stadt

Postal code: 50679

Country: Germany

E-mail: zentrale-beschaffung@bafza.bund.de

Telephone: +49 221-36734259

Fax: +49 221-36734664

Internet address(es):Main address: <http://www.bafza.de>**I.4. Type of the contracting authority**

Ministry or any other national or federal authority, including their regional or local subdivisions

I.5. Main activity

Other activity: Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Umsetzung der Projekte Konfliktmanagement für Kommunen (Los 1) und Schutzkonzepte für zivilgesellschaftliche Akteur/-innen (Los 2) im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben! in der zweiten Förderperiode
Reference number: BAFzA_2021_005

II.1.2. Main CPV code

79421000 Project-management services other than for construction work

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) beabsichtigt, im Wege eines Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb gem. § 14 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 3 VgV die Umsetzung der Projekte im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ in der zweiten Förderperiode wie folgt zu vergeben:
— Los 1: „Konfliktmanagement für Kommunen“,
— Los 2: „Schutzkonzepte für zivilgesellschaftliche Akteur/-innen“.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: yes
Tenders may be submitted for all lots

II.2. Description

II.2.1. Title

Los 1: Konfliktmanagement für Kommunen
Lot No: 1

II.2.2. Additional CPV code(s)

79421000 Project-management services other than for construction work

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE Deutschland
Main site or place of performance: Deutschlandweit

II.2.4. Description of the procurement

Auftragsgegenstand:
Mindestens 15 ausgewählte Gebietskörperschaften (Kommunen), die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ als lokale „Partnerschaften für Demokratie“ gefördert werden, sollen qualifiziert und in der Erarbeitung von Prozessen und nachhaltigen Organisationsformen sowie Verfahren des kommunalen Konfliktmanagements begleitet und beraten werden. Hierbei sollen alle relevanten Akteur/-innen vor Ort und insbesondere die Betroffenen von Konflikten aktiv eingebunden werden.
Im Fokus des Projekts stehen Konflikte, die von demokratie- und menschenfeindlichen sowie vielfaltablehnenden Positionen geprägt sind. Beispiele hierfür sind lokale, gesellschaftlich polarisierende und öffentlich ausgetragene Konflikte; potentiell radikalisierungsfähige

Protestbewegungen; durch intergenerationale Transmission befeuerte demokratiefeindliche lokale Konflikte; Konflikte um Integration und Zuwanderung, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedrohen sowie öffentlich und lokal geführte Konflikte um Identitätsfragen. Die Ergebnisse des Modellprojekts sollen so aufbereitet werden, dass sie auch auf andere Kommunen und Regelstrukturen übertragen werden können.

Der Auftrag umfasst:

Auswahl teilnehmender Kommunen und Einbindung relevanter Akteur/-innen:

Die Auswahl und Akquise von mindestens 15 teilnehmenden Kommunen, die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ als lokale „Partnerschaften für Demokratie“ gefördert werden. Die Auswahl erfolgt in enger Abstimmung mit der wissenschaftlichen Begleitung des „Handlungsbereichs Kommune“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ sowie des BMFSFJ und dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA). Ausgewählt werden sollen Kommunen, die Unterstützung bei der Bearbeitung von Konflikten benötigen, die demokratische Prinzipien sowie das friedliche Zusammenleben in Vielfalt bedrohen und untergraben.

Die aktive Einbeziehung aller relevanten Akteur/-innen vor Ort (u. a. aus Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung, Polizei, Ordnungsbehörden, Stadtplanung etc.) bei der Analyse und Bearbeitung von Konflikten. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Einbeziehung der Betroffenenperspektive in allen Phasen der Projektkonzeption und Durchführung.

Qualifizierung teilnehmender Kommunen und relevanter Akteur/-innen:

- die Erarbeitung von gemeinsamen Qualitätsstandards für Kommunales Konfliktmanagement unter Berücksichtigung und Einbeziehung bereits vorliegender fachlicher Erkenntnisse und Standards,
- die Konzeption und Durchführung eines Programms zur Weiterbildung von zivilgesellschaftlichen und kommunalen Akteur/-innen zu Konfliktmanagerinnen und -managern. Eine Beschränkung der Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen auf die Strukturen der „Partnerschaft für Demokratie“ ist nicht notwendig. Eine Teilnahme kann auch Dritten offenstehen (siehe Punkt 2.3 Zielgruppen).

Begleitung teilnehmender Kommunen und relevanter Akteur/-innen im Konfliktmanagement,

- die Analyse der zu bearbeitenden lokalen Konflikte und der bereits bestehenden Angebote zum Konfliktmanagement,
- die Erarbeitung und Erprobung von Prozessen und nachhaltigen Strukturen zur schrittweisen Bearbeitung langwieriger und latenter Konflikte,
- die Erarbeitung von Reaktionsplänen für den Fall akuter Krisen und deren Erprobung in Krisentrainings,
- die Begleitung, Beratung und Supervision relevanter Akteur/-innen in den Kommunen bei der Bearbeitung sowohl langwieriger als auch akuter Konflikte.

Vernetzung teilnehmender Kommunen und relevanter Akteur/-innen untereinander:

- die Organisation, Durchführung und Nachbereitung von Vernetzungstreffen der beteiligten Kommunen untereinander und Etablierung eines an den Bedarfen der Kommunen orientierten Systems kollegialer Beratung,
- die enge Zusammenarbeit und systematische Vernetzung mit den Beratungsstrukturen, den Landes-Demokratiezentren im Bundesprogramm „Demokratie leben!“, Sicherheitsbehörden, ggf. dem/der Auftragnehmer/in aus Los 2 und weiteren relevanten Akteur/-innen aus Wissenschaft und Praxis. Hierzu gehört u. a. die Organisation, Durchführung und Nachbereitung von Vernetzungstreffen. Es sollen mindestens 2 Treffen pro Vertragsjahr durchgeführt werden,
- die Einrichtung eines Beirats mit Vertreter/-innen aus BMFSFJ, ggf. weiteren Ressorts, den Ländern sowie aus Wissenschaft und Praxis wird empfohlen. Die Besetzung eines Beirats soll in Abstimmung mit dem BMFSFJ/BAFzA erfolgen,

— die Teilnahme an regelmäßigen Austauschtreffen (mindestens halbjährlich) mit BMFSFJ, BAFzA und der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsbereichs „Kommune“ zum Stand der Arbeit.

Öffentlichkeitsarbeit, Transfer und Qualitätssicherung:

— die Aufbereitung und Publikation von im Rahmen des Projekts gewonnenen Erkenntnissen, Best-Practice-Beispielen und praxistauglichen Handlungsempfehlungen, u. a. in Form eines Abschlussberichts,

— die Organisation und Durchführung mindestens einer Fachveranstaltung zum Abschluss des Projekts, die sich an Wissenschaft und Praxis im Themenfeld sowie alle „Partnerschaften für Demokratie“ und weitere interessierte Kommunen richtet,

— die Entwicklung einer Strategie zum Transfer in Regelstrukturen und eine erste Umsetzung durch geeignete fachpolitische Maßnahmen unter Einbeziehung der Länder und Kommunen,

— die Teilnahme an der begleitenden Evaluation des Projekts durch die wissenschaftliche Begleitung im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Hierfür soll der/die Auftragnehmer/-in an Erhebungen und Befragungen der Programmevaluation bzw. wissenschaftlichen Begleitung teilnehmen. Es steht dem/r Auftragnehmer/-in frei, ergänzend Maßnahmen zur Selbstevaluation durchzuführen.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 01/11/2021 End: 31/12/2023

This contract is subject to renewal: yes

Description of renewals:

Option der Verlängerung um ein weiteres Jahr (bis 31. Dezember 2024)

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number: 3 Objective criteria for choosing the limited number of candidates :

Die Bewertung der Eignung der Bewerber/Bewerberinnen erfolgt anhand der im Bewertungsraster genannten Kriterien. Die Angaben der Bewerber/Bewerberinnen werden differenziert bewertet und eine Rangfolge der Teilnahmeanträge ermittelt. Das Bewertungsraster ist den zum Download bereitgestellten Unterlagen beigelegt.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Option der Verlängerung um ein weiteres Jahr (bis 31. Dezember 2024)

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds: no

II.2.14. Additional information

II.2. Description

II.2.1. Title

Los 2: Schutzkonzepte für zivilgesellschaftliche Akteur/-innen

Lot No: 2

II.2.2. Additional CPV code(s)

79421000 Project-management services other than for construction work

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE Deutschland

Main site or place of performance: Deutschlandweit

II.2.4. Description of the procurement

Auftragsgegenstand:

Unter Berücksichtigung bestehender Ansätze und Maßnahmen sollen Konzepte zum Schutz zivilgesellschaftlicher und ehrenamtlich Engagierter in lokalen Konflikten erarbeitet und in ausgewählten Kommunen erprobt werden. Die Ergebnisse des Modellprojekts sollen so aufbereitet werden, dass sie auch auf andere Kommunen und Regelstrukturen übertragen werden können.

Der Auftrag umfasst:

Felderhebung und Auswahl beteiligter Kommunen:

Die Sammlung, Sichtung und Aufbereitung bestehender Konzepte und Ansätze zum Schutz zivilgesellschaftlicher Akteur/-innen in kommunalen Konflikten,

Die Auswahl und Akquise von mindestens 10 an Bedarfserhebung und Konzepterprobung teilnehmenden Kommunen in enger Abstimmung mit der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsbereichs „Kommune“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ sowie des BMFSFJ /BAFzA. Ausgewählt werden sollen Kommunen, die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ als lokale „Partnerschaften für Demokratie“ gefördert werden, und in denen zivilgesellschaftlich und ehrenamtlich Engagierte regelmäßig Anfeindungen und Bedrohungen ausgesetzt sind. Die auszuwählenden Kommunen aus den Losen 1 und 2 können, müssen jedoch nicht deckungsgleich sein. Die Auswahl der beteiligten Kommunen kann daher unabhängig voneinander erfolgen.

Erarbeitung und Erprobung von Schutzkonzepten:

Eine Bedarfserhebung in den teilnehmenden Kommunen unter Einbeziehung von kommunalen bzw. regionalen Beratungsstrukturen, weiteren relevanten zivilgesellschaftlichen Akteur/-innen, den Betroffenen von Bedrohung und Anfeindungen sowie in Abstimmung mit der wissenschaftlichen Begleitung, dem BMFSFJ/BAFzA und den Ländern,

Die Erarbeitung von an die ermittelten Bedarfe angepassten Schutzkonzepten unter Einbeziehung aller relevanten Akteur/-innen vor Ort. Die Schutzkonzepte sollen dabei sowohl Angebote der Beratung und Unterstützung der Betroffenen als auch kommunale Präventions- und Interventionsmaßnahmen beinhalten. Berücksichtigt werden sollen hier die Angebote der Mobilen Beratung und Betroffenenberatung sowie bewährte Ansätze aus Wissenschaft und Praxis. Betroffene von Bedrohung, Anfeindungen und Gewalt müssen in jeder Phase der Projektkonzeption und Durchführung einbezogen werden. Eingebunden werden sollen außerdem Organisationen (dazu zählen zivilgesellschaftliche Organisationen, kommunale Verwaltungen und/oder Unternehmen), deren Arbeitnehmer/-innen oder ehrenamtlich Engagierte Ziel von Bedrohungen und Anfeindungen werden. Diese Organisationen sollen in der Erfüllung ihrer Schutzverantwortung gegenüber ihren Arbeitnehmer/-innen und ehrenamtlich Engagierten/Mitgliedern gestärkt werden.

— die Erprobung der Schutzkonzepte in den teilnehmenden Kommunen,

— die Überarbeitung und Anpassung der Schutzkonzepte auf Grundlage der Ergebnisse der Erprobung sowie des Austausches mit anderen relevanten Akteur/-innen im Themenfeld.

Vernetzung:

- die Organisation, Durchführung und Nachbereitung von Vernetzungstreffen der beteiligten Kommunen untereinander und die Etablierung eines an den Bedarfen der Kommunen orientierten Systems kollegialer Beratung,
- die enge Zusammenarbeit und systematische Vernetzung mit den Beratungsstrukturen, den Landes-Demokratiezentren im Bundesprogramm „Demokratie leben!“, Sicherheitsbehörden, ggf. dem/der Auftragnehmer/in aus Los 1 und weiteren relevanten Akteur/-innen aus Wissenschaft und Praxis,
- die Teilnahme an regelmäßigen Austauschtreffen (mindestens halbjährlich) mit BMFSFJ, BAFzA und der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsbereichs „Kommune“ im Bundesprogramm „Demokratie leben“ zum Stand der Arbeit.

Öffentlichkeitsarbeit, Transfer und Qualitätssicherung:

- die Aufbereitung und Publikation von im Rahmen des Projekts gewonnenen Erkenntnissen, Best-Practice-Beispielen und praxistauglichen Handlungsempfehlungen, u. a. in Form eines Abschlussberichts,
- die Organisation und Durchführung einer Fachveranstaltung zum Abschluss des Projekts, die sich an Wissenschaft und Praxis im Themenfeld sowie alle „Partnerschaften für Demokratie“ und weitere interessierte Kommunen richtet,
- die Erarbeitung von Strategien zum Transfer in die Regelstrukturen und eine erste Umsetzung durch geeignete fachpolitische Maßnahmen unter Einbeziehung der Länder und Kommunen,
- die Teilnahme an der begleitenden Evaluation des Projekts durch die wissenschaftliche Begleitung im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Hierfür soll die/der Auftragnehmer/-in an Erhebungen und Befragungen der Programmevaluation bzw. wissenschaftlichen Begleitung teilnehmen. Es steht dem/r Auftragnehmer/-in frei, ergänzend Maßnahmen zur Selbstevaluation durchzuführen.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 01/11/2021 End: 31/12/2023

This contract is subject to renewal: yes

Description of renewals:

Option der Verlängerung um ein weiteres Jahr (bis 31. Dezember 2024)

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number: 3 Objective criteria for choosing the limited number of candidates :

Die Bewertung der Eignung der Bewerber/Bewerberinnen erfolgt anhand der im Bewertungsraster genannten Kriterien. Die Angaben der Bewerber/Bewerberinnen werden differenziert bewertet und eine Rangfolge der Teilnahmeanträge ermittelt. Das Bewertungsraster ist den zum Download bereitgestellten Unterlagen beigelegt.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Option der Verlängerung um ein weiteres Jahr (bis 31. Dezember 2024)

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Der Bewerber/Die Bewerberin hat besondere Sorgfalt bei der Erstellung der Unterlagen walten zu lassen. Hinweis für Bewerbungsgemeinschaften: Die geforderten Nachweise sind für jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft zu erbringen. Sofern sich ein Bewerber/eine Bewerberin zum Nachweis seiner/ihrer Eignung auf die Kapazitäten eines Unterauftragnehmers beruft, hat er/sie die geforderten Nachweise auch für das betreffende Unternehmen vorzulegen.

Die vorgegebene Reihenfolge soll eingehalten werden.

Fehlende Unterlagen können zum Ausschluss führen.

Für beide Lose:

- a) kurze Darstellung des sich bewerbenden Unternehmens/der sich bewerbenden Institution (max. eine DIN A4 Seite),
- b) Nennung der für das Unternehmen/die Institution verantwortlichen Personen,
- c) Eigenerklärungen zu §§ 123, 124 GWB. Der Bewerber/die Bewerberin hat nachzuweisen, dass auf ihn/sie keine zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründe zutreffen. Hierzu ist mit dem Angebot eine Eigenerklärung zu den §§ 123, 124 GWB vorzulegen, die u. a. beinhaltet, dass der Bewerber/die Bewerberin sich nicht in einem Insolvenzverfahren oder vergleichbaren gesetzlichen Verfahren befindet und seinen/ihren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat. Die mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Anlage „Eigenerklärung_123_124“ ist hierfür zu nutzen,
- d) Aktuelle Gewerbezentralregisterauskunft bzw. Eigenerklärung, dass nachweislich die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 MiLoG nicht vorliegen. Die mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellte Anlage Eigenerklärung „MiLoG“ kann genutzt werden.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Der Bewerber/Die Bewerberin hat besondere Sorgfalt bei der Erstellung der Unterlagen walten zu lassen. Hinweis für Bewerbungsgemeinschaften: Die geforderten Nachweise sind für jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft zu erbringen. Sofern sich ein Bewerber/eine Bewerberin zum Nachweis seiner/ihrer Eignung auf die Kapazitäten eines Unterauftragnehmers beruft, hat er/sie die unter Punkt a) geforderten Nachweise auch für das betreffende Unternehmen vorzulegen.

Die vorgegebene Reihenfolge soll eingehalten werden.

Fehlende Unterlagen können zum Ausschluss führen.

Für beide Lose:

- a) Mitteilung des Gründungsjahrs und Darstellung der Geschäftsentwicklung der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre,
- b) Nachweis über Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherungsdeckung bzw. Eigenerklärung, dass im Zuschlagsfall eine entsprechende Versicherung abgeschlossen wird.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Der Bewerber/Die Bewerberin hat besondere Sorgfalt bei der Erstellung der Unterlagen walten zu lassen.

Die vorgegebene Reihenfolge soll eingehalten werden.

Für beide Lose:

- a) der Bewerber/Die Bewerberin hat Art und Umfang der Leistungen anzugeben, die er/sie an Unterauftragnehmer/innen übertragen will und diese spätestens vor Zuschlagserteilung namentlich zu benennen,
- b) Angabe bei Bewerbergemeinschaften, welches Mitglied welche Aufgaben und Themenstellungen übernimmt sowie wer als zentrale Ansprechperson fungiert,
- c) Bestätigung, dass das Angebot, die eventuelle Präsentation und die Auftragsleistung in deutscher Sprache erfolgen,
- d) Übersicht in Form einer Liste über die in den letzten 3 Jahren geleisteten wesentlichen Arbeiten (und Aktivitäten) mit Angaben des Auftragsgegenstandes, des Auftragswertes, der Leistungszeit und der Angabe der öffentlichen und privaten Auftraggeber,
- e) Angabe der Namen und der beruflichen Qualifikation der Personen, die im Falle eines Zuschlags für den Auftrag zuständig sein werden,
- f) Zusicherung, dass es bei Zuschlag eine feste Ansprechperson gibt und dass diese Person kontinuierlich zur Verfügung steht und bei personellen Veränderungen keine inhaltlichen und zeitlichen Probleme im Rahmen der Unterstützung entstehen.

Für Los 1 zusätzlich:

- g) Nachweis umfangreiche Kenntnisse der Ansätze des kommunalen Konfliktmanagements, u.
 - a. aus den Bereichen Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention, Politische Bildung sowie aus der Friedens- und Konfliktforschung,
 - h) Erfahrung in der Beratung, Moderation und Erarbeitung von praxistauglichen Konzepten im Bereich Konfliktmanagement,
 - i) Kenntnisse und Erfahrungen in der Entwicklung von Qualitätsstandards und Curricula zur Weiterbildung zivilgesellschaftlich und kommunal Engagierter im Themenfeld,
 - j) Nachweis über pädagogische und thematische Qualifikation des Personals,
 - k) Erfahrung in der Zusammenarbeit mit und Beratung von Kommunen,
 - l) Kenntnis der Problemlagen und Herausforderungen von Kommunen,
 - m) Kenntnis der Aktivitäten im Handlungsbereich Kommune im Bundesprogramm „Demokratie leben!“,
 - n) Erfahrungen in der Prozessbegleitung von Projekten und dem Coaching von Akteur/-innen aus Zivilgesellschaft und Kommunen,
 - o) Erfahrungen und Kompetenz, kurzfristig Netzwerke und enge Kontakte zu relevanten Akteur/-innen auf verschiedenen Ebenen auf- und auszubauen
 - p) Nachgewiesene Kenntnisse und Erfahrungen aus der Umsetzung bzw. Projektbegleitung thematisch einschlägiger Förderprogramme des Bundes (bspw. „Zusammenhalt durch Teilhabe“, „Toleranz Fördern Kompetenz Stärken“, „Demokratie leben!“),
 - q) Erfahrung in der Arbeit mit Landesarbeitsgemeinschaften und regionalen Arbeitsgruppen,
 - r) Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Vertreter/-innen aus Sicherheitsbehörden sowie aus der Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen,

s) Nachweis breites Netzwerk an Kontakten und Kooperationspartner/-innen in den zu bearbeitenden Themenfeldern sowie genaue Kenntnis des jeweiligen Kreises relevanter Akteur/-innen aus Wissenschaft und Praxis.

Für Los 2 zusätzlich:

- g) Umfangreiche Kenntnisse der Herausforderungen von zivilgesellschaftlich Engagierten und von kommunalen Konfliktlagen,
- h) Erfahrung in der Erarbeitung von Schutzkonzepten für zivilgesellschaftlich und ehrenamtlich Engagierten unter Einbeziehung aller für einen wirksamen Schutz relevanten Akteur/-innen,
- i) Erfahrung in der Unterstützung, dem Empowerment und der Zusammenarbeit mit Betroffenen von Bedrohungen, Anfeindungen und Gewalt,
- j) Nachweis über pädagogische und thematische Qualifikation des Personals,
- k) Erfahrung in der Zusammenarbeit mit und Beratung von Kommunen,
- l) Kenntnis der Problemlagen und Herausforderungen von Kommunen,
- m) Kenntnis der Aktivitäten im Handlungsbereich Kommune im Bundesprogramm „Demokratie leben!“,
- n) Erfahrungen in der Prozessbegleitung von Projekten und dem Coaching von Akteur/-innen aus Zivilgesellschaft und Kommunen,
- o) Erfahrungen und Kompetenz, kurzfristig Netzwerke und enge Kontakte zu relevanten Akteur/-innen auf verschiedenen Ebenen auf- und auszubauen,
- p) Nachgewiesene Kenntnisse und Erfahrungen aus der Umsetzung bzw. Projektbegleitung thematisch einschlägiger Förderprogramme des Bundes (bspw. „Zusammenhalt durch Teilhabe“, „Toleranz Fördern Kompetenz Stärken“, „Demokratie leben!“),
- q) Erfahrung in der Arbeit mit Landesarbeitsgemeinschaften und regionalen Arbeitsgruppen,
- r) Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Vertreter/-innen aus Sicherheitsbehörden sowie aus der Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen,
- s) Nachweis eines breiten Netzwerks an Kontakten und Kooperationspartner/-innen in den zu bearbeitenden Themenfeldern sowie genaue Kenntnis des jeweiligen Kreises relevanter Akteur/-innen aus Wissenschaft und Praxis.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.4. Information about reduction of the number of solutions or tenders during negotiation or dialogue

Recourse to staged procedure to gradually reduce the number of solutions to be discussed or tenders to be negotiated

IV.1.5. Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 01/07/2021 Local time: 10:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.2. Information about electronic workflows

Electronic ordering will be used

Electronic invoicing will be accepted

VI.3. Additional information

- a) Dieses Vergabeverfahren wird ausschließlich über die e-Vergabe-Plattform des Bundes durchgeführt.
- b) Kosten für die Bewerbung, Angebotserstellung, eventuelle Präsentation und Verhandlungsrunden werden nicht erstattet.
- c) Der Auftraggeber behält sich die Durchführung einer Verhandlungsrunde vor. Das erste Angebot ist verbindlich.
- d) Es wird darauf hingewiesen, dass zunächst ein Teilnahmeantrag (Anlage der zur Verfügung gestellten Unterlagen) unter Beifügung der unter den Punkten III.1.1) bis III.1.3) der Bekanntmachung geforderten Nachweise und Erklärungen zu stellen ist.
- e) Ergänzende Unterlagen können unter der in Punkt I.3) genannten URL heruntergeladen werden.
- f) Fragen sind bis zum 24.6.2021, 12.00 Uhr ausschließlich über die e-Vergabe-Plattform des Bundes (www.evergabe-online.de) einzureichen. Die Fragen und Antworten werden allen Bewerbern/Bewerberinnen in anonymisierter Form auf der e-Vergabe-Plattform des Bundes zur Verfügung gestellt.
- g) Eventuelle weitere Informationen, z. B. Änderungen/Ergänzungen an den Vergabeunterlagen, Bieterfragen und Antworten, werden schnellstmöglich, spätestens 6 Kalendertage vor Ablauf der Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge auf der e-Vergabe-Plattform des Bundes eingestellt.
- h) Die Bewerber/Bewerberinnen sind verpflichtet, sich regelmäßig zu informieren, ob die Vergabeunterlagen aktualisiert worden sind.
- i) Teilnahmeanträge können ausschließlich auf der e-Vergabe-Plattform des Bundes (www.evergabe-online.de) abgegeben werden.
- j) Teilnahmeanträge, die auf dem Post- bzw. Botenweg, per E-Mail oder Fax eingehen, müssen ausgeschlossen werden.
- k) Die Geltendmachung eigener Allgemeiner Geschäftsbedingungen durch den Bewerber/die Bewerberin bzw. den Bieter/die Bieterin führen zum Ausschluss.

l) Mit Abgabe des Teilnahmeantrages unterliegen nicht berücksichtigte Bewerber /Bewerberinnen den Bestimmungen des § 62 VgV.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Bundeskartellamt, Vergabekammer des Bundes

Postal address: Villemomblerstr. 76

Town: Bonn

Postal code: 53123

Country: Germany

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 GWB müssen erkannte Verstöße gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, Zentrale Vergabestelle des BMFSFJ, An den Gelenkbogenhallen 2-6, 50679 Köln gerügt werden.

Gemäß § 160 Abs. 3 S. 2 GWB müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, Zentrale Vergabestelle des BMFSFJ, An den Gelenkbogenhallen 2-6, 50679 Köln gerügt werden.

Gemäß § 160 Abs. 3 S. 3 GWB müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, Zentrale Vergabestelle des BMFSFJ, An den Gelenkbogenhallen 2-6, 50679 Köln gerügt werden.

Hilft das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, Zentrale Vergabestelle des BMFSFJ der Rüge nicht ab, kann ein Antrag auf Nachprüfung beim Bundeskartellamt unter der o. g. Anschrift innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, Zentrale Vergabestelle des BMFSFJ, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, gestellt werden.

Nach § 135 Abs. 2 GWB endet die Frist, mit der die Unwirksamkeit eines Vertrages in einem Nachprüfungsverfahren geltend gemacht werden kann, 30 Kalendertage nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss. Im Falle der Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union endet die Frist 30 Kalendertage nach dieser Veröffentlichung.

VI.5. Date of dispatch of this notice

31/05/2021